

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 51 (1959)
Heft: 2

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Die Warnung aus Frankreich

Unter diesem Titel veröffentlicht Kollege *Fritz Rück* im Zentralorgan der IG Druck und Papier («*Druck und Papier*» Nr. 2) einen sehr instruktiven Leitartikel, aus dem wir die folgenden Absätze zitieren möchten:

«Aus Furcht vor dem Bürgerkrieg kapitulierten die französischen Sozialisten und Kommunisten vor der Drohung der Fallschirmjäger und vor de Gaulle und seinen Gesinnungsgenossen. Sie öffneten damit doch nur alle Türen zu einer Form des ‚kalten Bürgerkriegs‘, wie ihn die nun am Ruder befindliche soziale und politische Reaktion planmäßig durchführt. Die Gleichschaltung der öffentlichen Meinung durch die Zensur ging der Organisation eines systematischen, wenn auch nach außen noch wenig sichtbaren Terrors gegen alle oppositionell gesinnten Kreise voraus. Weder die Gewerkschaften noch die früheren politischen Linksparteien wagten sich zu rühren, als nach dem 1. Januar 1959 mit der Beseitigung sozial ausgleichender Subventionen die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel in die Höhe schnellten.

Die in gesteigertem Takt betriebene Aufrüstung fordert erneut riesige Summen vom französischen Staat, zu deren Aufbringung auch die deutsche Bundesrepublik in verschiedenen Formen beitragen darf. Der Ehrgeiz, zur vierten Atommacht aufzusteigen, spannt nicht nur die finanziellen Reserven an, sondern hat das Frankreich de Gaulles auch zu einem Gegner aller ‚vorzeitigen‘ internationalen Abmachungen über Atomrüstung oder Einstellung der Atomversuche gemacht. Und auch in diesem Punkt kann man trotz aller Geheimhaltung eine gewisse Art von Mitwirkung und Hilfestellung deutscher politischer und militärischer Stellen konstatieren.

Für alle Bestrebungen in dieser Richtung war die von den Russen entfesselte neue Berlin-Krise sozusagen ein ‚gefundenes Fressen‘; in ihrem Schatten kann die Forcierung der Aufrüstung ungestört vor sich gehen. Man

spürt direkt aus den Reaktionen einiger europäischer Regierungen und nicht zuletzt in den Meldungen aus Bonn... den Unwillen gegen jede Art von Kompromissen, ohne die jedoch kaum aus der Sackgasse herauszukommen ist, in die die internationale Politik hineinmanövriert wurde.

Aus der französischen Entwicklung lassen sich die Folgen einer imperialistischen Kolonialpolitik, aber auch die Ergebnisse der Lähmung der Arbeiterbewegung durch Spaltung, kommunistische Negation auf der einen Seite und sozialistische Kompromißbereitschaft mit dem Militarismus auf der anderen Seite klar ablesen. Gibt es ein traurigeres Kapitel der Nachkriegsgeschichte als die Politik des Generalsekretärs der französischen sozialistischen Partei und führenden Mitglieds der Exekutive der sozialistischen Internationale, Mollet, der de Gaulle stützte, die eigene Partei spaltete, von den Gaullisten in der Wahl unterstützt wurde und nun doch aus Protest gegen die arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik aus dem Ministerium ausscheiden mußte. Wo soll Mollet und seine Partei die Kraft zu einem ernsthaften Widerstand gegen ein Regime finden, in dem von nun ab nicht der in den präsidentialen Olymp erhobene de Gaulle, sondern die beiden fanatischen Reaktionäre Debré und Soustelle die praktische Durchführung der Politik bestimmen? Wer dem Faschismus den kleinen Finger gibt, den frißt er meist mit Haut und Haaren, und wer dem Moloch Militarismus anfängt zu opfern – seien es Grundsätze, Gesinnungen oder anderes –, der wird sein Knecht.»

Aspekte der französischen Krise

Außerordentlich ernst ist auch die Analyse, die *Raymond Aron* unter dem Titel «*Frankreich ohne Minderheit*» im «*Monat*» (124) gibt: «Seit dem 28. November ist die Situation so bonapartistisch wie noch nie – worunter zu verstehen ist, daß ein ganzes Volk gleichsam demissioniert, um sein Geschick einem einzelnen Manne anzu-

vertrauen, und daß es diejenigen Volksvertreter auswählt, die den mutmaßlichen Wünschen dieses Mannes entsprechen... Vorläufig ist de Gaulle noch stärker als die Gaullisten... Doch in wenigen Jahren schon wird der Präsident der Republik nicht mehr der Bankhalter dieses Spiels sein... Seit Juni 1958 hat er sowohl durch seine Taten wie durch seine Unterlassungen, durch seine Worte wie durch sein Schweigen alle Karten der UNR, das heißt den Gaullisten zugespielt. Der Sieg der Parteien hat einmal unweigerlich die Rückkehr nach Colombey herbeigeführt. Wird es im Falle eines Sieges der Gaullisten diesmal anders sein?»

Auch über die *Algerienpolitik* äußert sich Raymond Aron sehr kritisch: «Die Algerienpolitik Frankreichs hat keine ideologische Basis mehr, seit man allen anderen afrikanischen Gebieten das Recht auf Unabhängigkeit zuerkannt hat. Die algerische Jugend ist nationalistisch gesinnt, und die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Menschen unter zwanzig Jahren. Zu gegebener Zeit wird man auch den Mohamedanern Algeriens nicht das Recht verweigern, sich zu einer Nation zusammenzuschließen. Mit andern Worten, auch wenn die Befriedungsaktion 1959 oder 1960 siegreich abgeschlossen ist, hat man keinen Frieden, sondern nur einen Waffenstillstand erreicht; die Notwendigkeit, sich mit dem algerischen Nationalismus zu arrangieren, läßt sich nicht auf unabsehbare Zeit hinausschieben... Muß man wirklich erst die Verringerung des Bevölkerungsabstandes zwischen Algerien und Frankreich abwarten, ehe die Franzosen den Irrsinn der Integration erkennen?»

Einen weiteren sehr lesenswerten Beitrag zur französischen Situation veröffentlichen die «*Frankfurter Hefte*» (1) aus der Feder von Joseph Rovin unter dem Titel «*Das Lothringer Kreuz am Kreuzweg*». Rovins Schlußsätze lauten:

«Dieses Parlament von politischen Neulingen wurde im Zeichen einer nationalistischen Neigung gewählt, die zwar kein Programm ist, aber ein Programm ersetzt, und die de Gaulle

zwar gedämpft und durch sein Mythos zum Teil unnötig gemacht hat, die aber weiterschwelt und schwelen wird, solange Frankreich sein inneres und äußeres Gleichgewicht nicht wiedergefunden und sich mit seiner veränderten Weltstellung und deren Folge nicht ausgesöhnt hat. Ein solches Parlament und die Stimmung der Wähler, die es ausdrückt, stehen nicht mehr im Zeichen der Demokratie. De Gaulle hat den Demokraten eine Atempause zur inneren und äußeren Sammlung geschenkt, aber nicht... die neuen Prinzipien, das neue Programm, die neuen Institutionen, den Elan zur politischen Volksbildung, die sie neu erfinden müssen... Die Masse der Wähler zu Staatsbürgern zu machen... das werden nur Demokraten können, die bereit sind, umzudenken...»

Die Volkskommunen in China

Ueber die Volkskommunen in China lesen wir in Nummer 4 der Beilage zur Wochenzeitung «*Das Parlament*» («Aus Politik und Zeitgeschichte») eine sehr interessante Arbeit aus der Feder von Dr. Max Biehl. Der Verfasser, Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel, hat 1958 im Auftrag dieses Instituts eine fünfmonatige Reise durch Indien, Japan und neun Provinzen Chinas unternommen. Wir zitieren hier den Schlußabsatz seiner Betrachtungen:

«Welche Lehren sind nun aus diesen revolutionierenden Vorgängen in China für die übrige Welt zu ziehen, insbesondere für die anderen Entwicklungsländer und für diejenigen, die den nichtkommunistischen Entwicklungsländern helfen wollen und sollen? Ohne Zweifel ist in China etwas ganz Neues erreicht worden, das bisher noch keines der anderen Entwicklungsländer überhaupt richtig ins Auge gefaßt oder gar verwirklicht hätte, nämlich die *Mobilisierung der brachliegenden Arbeitskraft*. Wenn man das, was die lokale Selbsthilfe in China im Laufe des Jahres 1958 zunächst an landwirtschaftlichen Meliorationen und dann an kleinindustrieller Entwicklung geschaffen hat, mit dem Umfang der Auslandshilfe vergleicht, die China aus dem Ostblock empfängt, so kann man

fast sagen, der ökonomische Aufschwung Chinas wird durch die Selbsthilfe nahezu ohne Fremdhilfe ermöglicht. Die Auslandshilfe bekommt dabei den Rang, den sie eigentlich haben sollte, nämlich als Hilfe für spezielle Dinge, die von den hochentwickelten Ländern geliefert oder durch Beratung geschaffen werden können. In der Breite aber wird die Entwicklungsarbeit allein durch die Nutzbarmachung brachliegender Arbeitskraft geschafft. Das ist ohne Zweifel ein Vorgang, der für die ganze übrige Welt im höchsten Grade zu beherzigen ist.

Und ich glaube, gerade durch den Radikalismus der chinesischen Reform des Jahres 1958 auf dem sozialen Gebiet, die geradezu zu einer Auflösung des Familienzusammenhangs zu führen scheint, dürfte die Gefahr eines pauschalen Kopierens dessen, was man in China tut, durch andere Länder geringer geworden sein. Denn diese Auflösung des Familienverbandes ist eine Sache, die man in Indien und wohl auch in den übrigen asiatischen Ländern ganz bestimmt nicht will. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß man in diesen Ländern jetzt viel eher bereit ist, genauer zu denken und an ein Herausschälen dessen heranzugehen, was übertragbar ist und von allgemeinem Nutzen sein könnte. Natürlich ist vieles nicht übertragbar. Der Konformismus der Chinesen, der es ihnen leicht macht, auf unendlich vieles zu verzichten, gilt nicht in glei-

chem Maße für die meisten anderen Entwicklungsländer. Die technische Begabung, möchte ich glauben, ist in China auch größer als in den meisten anderen asiatischen Ländern. Und aus klimatischen und gesundheitlichen Gründen ist auch eine solche Kraftanstrengung, wie sie die chinesischen Massen augenblicklich leisten, in den meisten anderen Entwicklungsländern vielleicht überhaupt nicht möglich.

Im übrigen fragt man sich, ob dieser extreme Radikalismus der chinesischen Reform in der Volkskommune mit der Auflösung der Familie, um die Arbeitskraft der Frauen mobil machen zu können, auch in China auf die Dauer vorhält. Der Chinese ist zwar ein Konformist reinsten Wassers, der bereit ist, unendlich viel mitzumachen, wenn es die andern tun. Aber zu hundert Prozent ist er doch nicht Konformist, sondern immer noch Mensch wie die andern auch. So ist es wohl nicht unwahrscheinlich, daß zu einem Zeitpunkt, da die Not als überwunden zu betrachten ist und die Erinnerung an die immer wiederkehrenden Katastrophen allmählich in den Hintergrund tritt, auch bei dem Chinesen der Wunsch wieder hervortreten wird, nun doch eine kleine Sphäre des Eigenen zu haben, ich meine gar nicht einmal des Eigentums, sondern nur des Familienlebens – so wie es in der Sowjetunion ja heute bereits der Fall ist.»

Dr. Walter Fabian, Zürich.

Unser Fortschritt im Degenerieren scheint mir ziemlich schnell zu gehen. Unsere Nation begann mit der Erklärung, daß alle Menschen gleich geboren seien. Heute lesen wir dies praktisch: «Alle Menschen sind gleichgeboren, mit Ausnahme der Neger». Wenn die «Nichtswisser» («Know-Nothings», eine damalige rechtsradikale Gruppe) ans Ruder kommen, wird es heißen: «Alle Menschen sind gleich geboren, mit Ausnahme der Neger, Ausländer und Katholiken». Und wenn es so weit kommen sollte, würde ich vorziehen, in ein Land auszuwandern, in dem man nicht vorgibt, die Freiheit zu lieben — nach Rußland beispielsweise, wo der Despotismus in Reinheit genossen werden kann, ohne die niedrige Mischung mit Hypokrisie.

Abraham Lincoln, geb. 12. Febr. 1808.